

DEUTSCHLAND – ZWISCHEN GESTALTUNGS- UND HEGEMONIALMACHT

Kurzfassung

Die politische Stabilität, aber auch die fortdauernde Stärke der deutschen Wirtschaft werfen die Frage nach der Rolle Deutschlands im Kontext der europäischen Entwicklung und auf dem internationalen Bühne auf. Mit diesem Beitrag belege ich, aus welchen Gründen die Charakterisierung der deutschen Stellung in Europa und auf der Weltbühne als die Position einer Hegemonialmacht falsch ist – vollkommen falsch ist. Es ist wichtig wahrzunehmen, dass Deutschland auf vielen Gebieten heute eine Schlüsselrolle spielt und weiterhin spielen wird.

Betrachtungen zu Beiträgen von Gunther Hellmann und Josef Janning zur Rolle Deutschlands in der europäischen, der internationalen Politik

Beilage PARLAMENT von 11. Juli 2016

In ihrem jüngsten Weißbuch zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung und zur Entwicklung der Bundeswehr definiert **die Bundesregierung die Rolle der Bundesrepublik Deutschland auf der internationalen Bühne als „aktive Gestaltungsmacht“, die in Europa als „zentraler Akteur“ wahrgenommen wird.** Im Weißbuch des Jahres 1906 sah die Bundesregierung Deutschland lediglich **in einer „wichtigen Rolle für die Gestaltung Europas und darüber hinaus“.**

I.

In seinem Beitrag **„Zur Neuen Debatte über eine Neure Deutsche Außenpolitik“** stellt **Gunther Hellmann** den fundamentalen Wandel im deutschen Rollenverständnis in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der drastisch veränderten internationalen Lage und sieht die Bundesrepublik weniger in einem Konflikt zwischen Gestaltungsmacht und Hegemonialmacht, sondern in die Verantwortung gestellt und zur Wahrnehmung der Macht gedrängt – einer Wanderung auf einem schmaleren Grat. Hellmann streicht die Entschlossenheit der Bundesregierung heraus, **„früh, entschieden und substantiell als Impulsgeber in die internationale Debatte einzugreifen.“**

Hellmann zitiert den Bundesminister des Auswärtigen mit den Worten „Der Krisenmodus scheint auf absehbare Zeit der neue Normalfall. Berlin hält es für notwendig, angesichts der vielfältigen Bedrohungen im Interesse des Krisenmanagement frühzeitig Initiative zu ergreifen – also nicht auf die Initiative anderer zu warten. Die internationalen Herausforderer wie Russland zögern nicht, auf der Grundlage ihres machtpolitischen Selbstverständnisses

Schließlich sieht sich die Bundesrepublik durch die Kooperation anderer, gegensätzlich orientierter Mächte mit innenpolitischen Oppositionskräften herausgefordert, die die Position westlicher Länder, ganz konkret die der Bundesrepublik zu unterminieren versuchen.

Andere Gestaltungsmächte – China, Brasilien, Indien – werden als potentielle Partner auf der weltpolitischen Ebene gesehen.

Schließlich sieht sich Deutschland innerhalb der Europäischen Union durch existenzbedrohende Entwicklungen herausgefordert (Euro-Krise, Flüchtlingskrise, Werte-Debatte).

Die Artikulierung der aktiven, auch initiativ einzubringenden Gestaltungsmacht wird in den Augen anderer als Indikator einer neuen deutschen Hegemonialrolle interpretiert. Die Basis der Gestaltungsmacht ist das Potenzial Deutschlands auf relevanten Gebieten – wenn auch heute auf dem Gebiet der Verteidigungskräfte noch unzureichend ausgeprägt. Diese Entwicklung dient anderen Strömungen der öffentlichen Wahrnehmung im In- und Auslage als Vorlage für die Charakterisierung der neuen von Deutschland definierten Rolle als die einer Hegemonialmacht – vor dem Hintergrund der Geschichte. Eine solche Assoziation übersieht geflissentlich, dass eine Hegemonial-Politik auf die mehr oder weniger deutliche Unterwerfung anderer Länder abzielt, eine Perspektive, für die es in Deutschland heute und gewiss auf lange Zeit kein belastbares politisches Potenzial gibt. Sind solche Assoziationen gleichwohl relevant – oder in erster Linie Ausdruck eines „politischen Unwohlseins“ der Nachbarn und von Teilen des innerpolitischen Spektrums dieser Zentralmacht in Europa mit dem heutigen und mit dem sich abzeichnenden zukünftigen Gewicht Deutschlands in Europa und darüber hinaus?

II

In seinem Beitrag **„Suche nach Gestaltungsmacht – Deutschlands Außenpolitik in Europa“** stellt **Josef Janning** resignierend fest, dass Deutschland aus „dem in den jüngsten 25 Jahren eingetretenen Machtzuwachs sehr wenig gemacht“ hat. In Europa – so Janning - sieht sich Deutschland dem potentiellen Veto von siebenundzwanzig Mitgliedstaaten gegenübergestellt, die mir ihrer aus unterschiedlichen Gründen gespeisten Abgrenzungs- und

Verweigerungshaltung gegen die Dominanz und den Regierungsstil der Bundesrepublik protestieren. Von einer Gegenmachtbildung unter den anderen EU-Mitgliedstaaten will Janning indessen noch nicht sprechen. Auf welchen gemeinsamen Faktor – außer dem der Reserve gegen die stärkste Macht in der Union – könnte sich eine solche Gegenmacht denn abstützen – außer auf Fiktionen?

Janning rekapituliert die deutsche und die internationale Meinungsbildung zur deutschen Außenpolitik in den letzten Jahrzehnten:

In dem von **Hans-Peter Schwarz** im Jahre 1975 herausgegebenen „**Handbuch der deutschen Außenpolitik**“ dominiert die von der internationalen Lage (Ost-West-Konfrontation) bestimmte Strategie der Eingliederung in den „Westen“ den Duktus der meisten Beiträge.

Nach der Herstellung der politischen Einheit Deutschlands und dem Ende des Kalten Krieges unternahm **Karl Kaiser** – Leiter der Forschungsstelle der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in einem vierbändigen Werk – zusammen mit Sachverständigen aus Theorie und Praxis – den Versuch der Neubestimmung der deutschen Außenpolitik. In dieser Publikationsreihe aus den neunziger Jahren wird erstmals die Frage nach der neuen Gestaltungsrolle Deutschlands gestellt.

Zehn bis fünfzehn Jahre später kommt in dem von **Siegmar Schmidt/Gunther Hellmann und anderen Sachverständigen herausgegebenen „Handbuch zur deutschen Außenpolitik“** Skepsis gegenüber dem bislang einmütig verfolgten Ziel der europäischen Integration auf, wird zum dominierenden Charakteristikum der Analyse und bringt erste Ansätze zugunsten einer selbständigen Handlungsrolle Deutschlands. Skepsis dominiert aber auch gegenüber den amerikanischen Sachverständigen, die Deutschlands Rückkehr in den Status der Großmacht feststellen und mit der Zeit auch eine die Macht akzentuierende Position Deutschlands im internationalen System der Mächte erwarten.

Janning stellt vor diesem Hintergrund fest, dass Deutschland mit seiner wirtschaftlichen Stärk „ganz selbstverständlich“ außenpolitische, sicherheitspolitischen Initiativen ergreife – sei es in der Ukraine-Krise, sei es in der Flüchtlingsfrage, sei es zur Durchsetzung deutscher Positionen bei EU-Initiativen zu internationalen Fragen.

Daher stellt sich die Frage der Verträglichkeit des Gewichts Deutschlands mit der „Ordnung Europas“ neu. Janning weist auf die abnehmende Gestaltungsmacht Großbritanniens und Frankreichs und auf das abnehmende Interesse der USA an den europäischen Entwicklungen hin (das ist allerdings eine zu weitgehende Formulierung: Die USA nehmen Russland weiterhin als

nuklearstrategische Weltmacht wahr und steuern gegen, wenn immer Moskau machtpolitische Interventionen im europäischen Umfeld unternimmt –z.B. in der Ukraine, auf der Krim; im Schwarzen Meer, Nahen Osten und als Bedrohung im Baltikum.

Daher muss nun Deutschland – so Janning - seine Rolle in Europa und die Rolle Europas in seiner Politik selber definieren.

Herfried Münkler sieht Deutschland als mögliche und nötige Führungsmacht – die allerdings im Zweifel auch zum Zahlmeister Europas werden muss (Macht in der Mitte – die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa“ (2015).

Hans Kundnani sieht Deutschland in der dominanten Rolle, aber auch in einer Verweigerungshaltung gegenüber der damit verbundenen Verantwortung und Notwendigkeit finanzieller Unterfütterung dieser Rolle (Streit um die Vergemeinschaftung der Schulden anderer EU-Staaten) (Kundnani „German Power – das Paradox der deutschen Stärke“). Mit der Verweigerung in der Finanzfrage ist Deutschland zum „Herrscher“ geworden.

In der englischsprachigen Welt dominiert die Wahrnehmung Deutschlands als „reluctant Hegemon“ (**William Paterson „The Reluctant Hegemon? Germany Moves Centre State in the European Union“ – 2010**). Dazu tragen die Vergangenheit Deutschlands aber auch mangelndes Führungsverständnis der politischen Eliten bei. Andere sprechen vom „**benevolent Hegemon**“ (Gregor Peter Schmitz/George Soros, „Wetten auf Europa. Warum Deutschland den Euro retten muss, um sich selbst zu retten“, 2014).

Janning beobachtet in der Tagesarbeit der deutschen Außenpolitik das Bemühen, im Wege der Führung eine europäische Handlungsfähigkeit zu entwickeln und zitiert den Leiter des Planungsstabes im Außenamt, der meint bei fehlenden europäischer Fähigkeiten könne die deutsche Anstrengung allerdings zu einem Dauerlauf ohne Endpunkt werden.

Janning ruft auch die Konsultationsrunde des deutschen Außenministers mit Sachverständigen aus aller Welt in Erinnerung, mit der ein Katalog möglicher Inhalte einer deutschen Außenpolitik zusammen getragen worden ist, für den nun auf innenpolitischer Ebene geworben werden muss. Das Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Entwicklung der Bundeswehr deutet das Bemühen der Bundesregierung an, öffentliches Verständnis, öffentliche Unterstützung für eine auch in Fragen der Sicherheitspolitik aktivere deutsche Außenpolitik zu gewinnen. Janning fasst diese Situation mit den Wort zusammen: **„Deutschland ist in Europa und in manchen Bereichen auch darüber hinaus zu einer unverzichtbaren Macht geworden“.**

Janning fordert vor diesem Hintergrund:

1. Die Position des „**liberalen Hegemon**“ bedarf der Unterstützung durch die politische Kultur des eigenen Landes. Die ist in der Flüchtlingsfrage derzeit nicht gegeben. Vielleicht wird sie durch verdeckte gezielte Unterminierung von außen unterbunden.
2. Die internationalen Krisen lassen sich nur schwer im Wege der Konsultationsprozesse und mit Entwicklungspolitik in den Griff bekommen, sondern bedürfen auch geopolitisch relevanter Antworten – begrenzte Militärinterventionen. Die deutsche politische Öffentlichkeit steht diesem Instrumentarium mit großer Skepsis gegenüber.
3. Janning sieht das größte Problem Deutschlands in der Unfähigkeit und dem Unwillen der anderen EU-Mitglieder sowie der Gemeinschaft als Ganzer, das deutsche Gewicht als europäisches Potenzial zu einer globalen Gestaltungsmacht zu entwickeln.

Janning meint, Deutschland ist das Ziel abhandengekommen, das seine Macht legitimiert: Europa.

Deutschland solle daher die große, jetzt nicht durchsetzbare Zielsetzung in praktische kleine Schritte aufgliedern und somit langfristig die politische Kultur in den Nachbarstaaten fördern, die letztlich die europäische Integration unter Einschluss des deutschen Gewichts herbeiführen kann: **Die Reise nach Europa in kleinen Schritten – im Wege des Bewusstsein-Wandels.**

Janning plädiert für einen Begriff der politischen Mitte, in der die Potenziale der Mitte mit den gemeinsamen Zielvorstellungen der Nachbarn in Harmonie gebracht werden. In diesem Sinne solle Deutschland integrieren und nicht dominieren.

III

In dem vom European Council on Foreign Affairs“ im Juli 2016 veröffentlichten Aufsatz „**Leading from the Centre – Germany’s new Role in Europa**“ kommen die beiden Autoren - **Josef Janning und Almut Möller** - zu dem Ergebnis, dass Deutschland seine europäische Mission durch praktische Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern erfüllen kann. Konstrukte und feststehende Strukturen haben sich als untaugliches Mittel erwiesen, die europäische Orientierung in den geschichtlich so unterschiedlich gewachsenen politischen Kulturen der Mitgliedstaaten durchzusetzen, bzw. dafür erfolgversprechend werben zu können. **Europäischer Pragmatismus ist angesagt.**

IV Schlussfolgerungen

Wie ein roter Faden zieht sich in den Auseinandersetzungen über die Frage, wie denn Deutschland sein Gewicht zum Nutzen des europäischen Einigungsprozesses optimal einsetzen könne oder sollte, die Frage, ob Deutschland damit als ein Hegemon oder als die dominante Macht in der EU einzustufen sei - mit allen Folgen, die diese Qualifikation für das Verhältnis der anderen Staaten zu Deutschland haben wird: Das Gewicht Deutschlands und seiner Politik kann angesichts häufiger Kritik an einzelnen Aspekten der deutschen Politik zu „Gegenallianzen“ innerhalb der Europäischen Union führen und damit die Perspektive Europas noch weiter verdunkeln.

Ich bin der Auffassung, dass der europäische Entwicklungsprozess zu stark unter dem Gesichtspunkten der europäischen Institutionen und ihrer Effizienz gesehen und andere Entwicklungen vernachlässigt werden, die aber tatsächlich zur Verdichtung des europäischen Kontinents beitragen und in ihrer politischen Bedeutung unterbelichtet bleiben:

Die Menschen, die Völker in Europe wachsen zusammen – aber man kann es halt nicht mit den Augen unmittelbar wahrnehmen, wie man bekanntlich auch das Gras nicht wachsen sehen kann, allerdings- in zeitlichen Abständen betrachtet – das Wachstum durchaus stattfindet und zu registrieren ist. Das ist offenbar auch in Sachen Europa der Fall – wie auch im Verhältnis zwischen Polen und Deutschland, um nur ein Beispiel zu nennen, auch wenn die konservative Regierung in Warschau einen autoritären, dem Geiste der Europäischen Union abträglichen Kurs verfolgt und von Albträumen in Bezug auf Deutschland und Russland geplagt ist. Die potenzielle russische Bedrohung ist heute nicht von der Hand zu weisen.

Mit russischen Unterwanderungstendenzen haben wir auch während des Ost-West-Konflikts leben müssen und diese Kampagnen überstanden, da das „Modell“ der sozialen Marktwirtschaft soziale, gesellschaftliche Kohäsion geschaffen hat, die sich der Unterwanderung gegenüber als immun erwiesen hat.

Das wird auch heute der Fall sein – und zwar überall dort, wo soziale Kohäsion als Grundlage der pluralistischen demokratischen Staatsordnung und der unabhängigen Gerichte gelebt und wahrgenommen wird. Die elektronisch arbeitenden „sozialen Netzwerke“ haben die Tendenz, die gelebte soziale Kohäsion in der Gesellschaft in der öffentlichen Wahrnehmung zu atomisieren.

Deutschland muss ein Interesse daran haben, akademisches Lehrpersonal für eine Berufstätigkeit in anderen EU-Mitgliedstaaten bereitzustellen und den

akademischen und Fachkräfteaustausch auch mit deutschen, nicht nur mit europäischen Programmen zu intensivieren – systematisch und langfristig orientiert. In einigen Ländern gibt es in gewissem Umfang Voraussetzungen für eine produktiv sich entwickelnde Soziale Marktwirtschaft, also für das Bündnis auf Augenhöhe von Unternehmen und Gewerkschaften - für den Wohlstand Aller. Das ist die Betätigungswiese für kleine und mittlere Betriebe. Dazu gehören unausweichlich die duale Ausbildung der Fachkräfte und Genossenschaftsbanken zum Management des Kreditverkehrs. Aber es bedarf politischer und gesellschaftlicher Initiativen in den früher sozialistisch geführten Ländern und Volkswirtschaften, um „soziale Marktwirtschaft im Bereich der kleinen und mittleren Betriebe“ zu fördern und damit soziale Kohäsion möglich zu machen.

Vor diesem Hintergrund nun zu der Rolle des heutigen Deutschland in dem sich entwickelnden Europa:

1. Die Erwartungshaltungen der Mitgliedstaaten an die Europäische Union sind unterschiedlicher Art: Man erwartet finanzielle Förderung in Transformationsfragen und bei der Entwicklung wirtschaftlich zurückgebliebener Gebiete. Lasten werden nur auf sich genommen, wenn das in Frage stehende Vorhaben auch aus nationaler Sicht „Sinn“ macht und „Nutzen“ trägt. Die Nation - meist in Jahrhunderten mit Höhen und Tiefen gewachsen - wünscht, seine Identität durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu verdeutlichen, nicht aber in einer allgemeinen europäischen Union verschwinden lassen.

Die Europäische Union ist ein Bündnis der Nationen und Staaten. Deren Lebensfähigkeit muss mit europäischen Programmen gestärkt werden und damit auch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den anderen Nationen der Union. Ein Euro-System für alle kann nicht funktionieren, weil die in Jahrzehnten, ja Jahrhunderten gewachsenen nationalen Traditionen mit meist abhängigen Zentralbanken und der nationalen Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht über einen Kamm geschoren werden können. Die deutsche Einrichtung einer unabhängigen Zentralbank mit der alleinigen Aufgabe, die Stabilität der eigenen Währung zu erhalten, ist in anderen Teilen Europas unbekannt.

Metternich hat 1815 das Konzert der Großen Europäischen Nationen auf der Basis der Ebenbürtigkeit zwischen den Monarchien herbeigeführt und eine lange Friedensperiode möglich gesichert. Das Europäische Konzert dieser Prägung zerbrach an der Spaltung zwischen repräsentativ, demokratisch verfassten und autoritär verfassten Monarchien.

Heute müssen wir unterschiedliche Interpretationen der gemeinsamen Werte des Europarats und der europäischen Friedensordnung hinnehmen – die rote Linie

ist die Wahrung des Friedens und die Verweigerung der Versuchung, mit außenstehenden Mächten in einem Europa-kritischen Sinne zu koalieren.

Angesichts von Brexit, der Spannungen im Euro-Raum, in der Flüchtlingsfrage und im Verhältnis zu Russland und den USA ist eine offene Europa-Debatte darüber vonnöten, wie wir das Verhältnis der Nationen und der Union zu einander in Zukunft sehen und aus deutscher Sicht gestalten möchten. Vom Konzept her betrachtet ist Deutschland kein Hegemon, mit welchen Adjektiven wir oder andere Beobachter den Begriff auch appetitlicher machen möchten. Der Hegemon setzt die Rechtsordnung, verfügt über die Machtmittel zu deren Durchsetzung und kann inneren Widerspruch zu der von ihm geprägten Ordnung nicht dulden. Den Begriff in Verbindung mit dem Deutschland unserer Tage zu verwenden, stellt eine Verleumdung und politischen Rufmord gegenüber Deutschland dar.

Deutschland nimmt mit seinem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technologischen Potenzial die technologischen und zivilisatorischen Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft an und sucht im Bündnis mit anderen Mächten und Institutionen die Erde lebensfähig zu erhalten. Die Mitglieder der EU sind geborene Partner – aber es liegt bei ihnen, den Weg mitzugehen und mit zu gestalten.

Deutschland unternimmt im Lichte der sich verändernden inneren und äußeren Sicherheitslage neue, zusätzliche Anstrengungen, um in enger Kooperation mit den EU-Mitgliedstaaten das Abwehrsystem in Europa zu stärken und bei der Bewältigung der internationalen Konfliktfelder das Nordatlantik-Bündnis handlungs- und abschreckungsfähig zu halten. Das politische Klima für diese Veränderungen in Deutschland ist derzeit noch nicht optimal. Während des Kalten Krieges hat es an diesem Willen zur Selbstverteidigung und Mitwirkung an der nuklearen Abschreckung nicht gemangelt – ungeachtet der Unterminierungsbemühungen der DDR und der Sowjetunion.

Operative Führungsfähigkeit auf europäischer Basis ist wünschenswert – neben der der NATO:

Die nationalen Instrumente zur Steuerung der Finanzen und der Wirtschaft gemäß der politischen Orientierung der aus den freien und fairen Wahlen hervorgegangenen Regierung müssen erkennbar und nachvollziehbar sein – auch Verpflichtungen, die das Land um der gemeinsamen Werteordnung und der Lebensfähigkeit der Länder der Europäischen Union willen auf sich nehmen muss und kann.

Diese Politik ist um EU-Rahmen nur auf der Basis der Freiwilligkeit zu erreichen, darf also nicht an die Einstimmigkeit oder ein bestimmtes Abstimmungsergebnis gebunden sein. Auf diesem Wege werden langfristig

glaubwürdigere Ergebnisse erzielt als mit Integrationsmaßnahmen, die nicht im Wege von Sanktionen durchgesetzt werden können. Auf freiwilliger Basis kann die Handlungsfähigkeit der zur Mitwirkung bereiten Mitgliedstaaten gestärkt. Die politischen Sanktionsmittel in den europäischen Verträgen haben sich als wirkungslos erwiesen, sobald es in den betreffenden Ländern am politischen Willen zur Umsetzung der gemeinsam beschlossenen Verträge – zum Beispiel in Verbindung mit dem EURO – mangelt. Damit wird die weitere Entwicklung der Währung blockiert oder die Währung in ihrem Wesenskern – Stabilität der Währung – aufgegeben.

Die Nichtanwendung von Sanktionen sowie die Nichtanwendung der EURO-Kriterien belegen den Abstieg der EU. Neue Wege müssen beschritten werden, um das Langfristziel doch glaubwürdig aufrechterhalten zu können: eine nach Innen und nach Außen handlungsfähige Europäische Union.

Wie soll man die Rolle Deutschlands in einem Europa definieren, das seine Handlungsfähigkeit weitgehend eingebüßt hat.?

Frankeich und Großbritannien werden in der Europäischen Union als Mitglieder nicht in Frage gestellt, obschon sie in eigener Verantwortung global eigene Rollen wahrnehmen. Sie sind als permanente Mitglieder des VN-Sicherheitsrats mit dem Veto-Recht ausgestattet, und sie sind aus eigenem Recht Nuklearmacht im Sinne des VN-Nichtverbreitungsvertrags.

Mit diesen spezifischen Qualifikationen sind diese Länder in der EU Vollmitglieder und werden nicht mit dem Verdacht der unbefugten Eigenwilligkeit belegt.

Das Ansehen der Europäischen Union – weltweit – leidet unter der fehlenden Selbstdisziplin von EU-Mitgliedstaaten (bzw. Euro-Mitgliedern) bei der Umsetzung der vereinbarten Positionen. Andererseits dürfen sich einzelne Mitgliedstaaten der EU nicht als Eintreiber von EU-Beschlüssen missbrauchen lassen.

Nichtbeachtung eingegangener Beschlüsse schwächt die EU in ihrer Gesamtheit.

Deutschland wirkt als Wirtschafts- und Technologie-Macht global – auch mit einer eigenen Agenda. Es engagiert sich in der Entwicklung der Europäischen Union, um den Jahrhunderte hindurch gefährdeten Frieden in Europa zu sichern und durch die Entwicklung gemeinsamer Werte zu stärken. Es wird so viel Kooperation mit den EU-Mitgliedstaaten suchen wie möglich, um die europäische Kohäsion zu stärken, aber es kann sich nicht auf eine Europäische Union einlassen, in der gemeinsam getroffene Entscheidungen nicht umgesetzt werden. Dann entsteht nationaler Handlungsbedarf!

Der Außenminister spricht von Deutschland als einer global operierenden Gestaltungsmacht - in Kooperation mit anderen Gestaltungsmächten und in Auseinandersetzungen mit Ländern oder Gewaltkonzentrationen, die eine Bedrohung darstellen (Russland, Terrorismus).

Ich spreche von Deutschland als einem Schlüsselnd in Europa und in der Gestaltung der globalen Programme zum Erhalt der Erde und der Menschheit.

Im Rückblick auf die Geschichte begegnen wir Menschen, die in anderen Kulturen gelebt und gewirkt haben. Sie haben die Wahrnehmung der anderen Nationen in das Gedächtnis der eigenen Nation integriert. Krieg, Unterdrückung, Völkermord, Diskriminierung haben im Bewusstsein der Menschen tiefe Gräben zu anderen Nationen entstehen lassen. Um diese Gräben zu überbrücken oder mit neuen Erinnerungen auszufüllen, bedarf es einer Literatur über Begegnungen zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen und über das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen unter einem nationalen Dach oder in unterschiedlich zusammen gesetzten Gemeinschaften in früherer Zeit und in der Gegenwart..

Wie fühlt sich eine solche Geschichte, ein solches Erlebnis heute an? Wir wissen es nicht. Daher sollten wir ein literarisches Programm fördern, das solche Begegnungen, ein solches Zusammenleben im Guten und Bösen zum Inhalt hat.

Es gibt die von Lew Kopolew ins Leben gerufene wissenschaftliche Aufarbeitung der Wahrnehmung Russlands und von Russen in der deutschen Literatur und umgekehrt die Wahrnehmung Deutschlands und von Deutschen in der russischen Literatur. Es wäre gut, wenn dieser akademische, wissenschaftliche Ansatz in die Literatur anderer Kulturen in Europa übersetzt würde: Deutsche und Russen in Russland, in Deutschland; Deutsche und Polen in Polen bzw. Deutschland. Die an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder betriebenen „Europa-Studien“ bieten Studien auf diesen Feldern an, wie auch die von Felix Ackermann an der EHU, also an der in Vilnius im Exil befindlichen Freien Universität aus Minsk . Kulturlandschaften mit bi- oder multi-nationalen Komponenten werden zu Tage gefördert. Diese Schätze der Geschichte und Literatur können dazu beitragen, die Wahrnehmung der anderen Nation historisch auch in einem anderen Licht erscheinen zu lassen, als in dem von der NS-Herrschaft geprägten Licht. Beide Aspekte gehören zusammen.

Solange das Deutschland unserer Tage als „Hegemon“ - mit welchen Adjektiven auch immer versehen - wahrgenommen oder dargestellt wird – aus subjektiv nachvollziehbaren historisch belasteten Gründen – wird es eine fruchtbare, vorurteilsfreie europäische Zusammenarbeit zwischen dem wirtschaftlich

starken und politisch stabilen Deutschland und den Mitgliedern der Europäischen Union nicht geben können.

Berlin, 7. August 2016